

## **Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis**

# **IZRG-Schriftenreihe**

**Band 4**

**Herausgegeben vom  
Institut für schleswig-holsteinische  
Zeit- und Regionalgeschichte**

**i z r g**



# **Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis**

**Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum  
in der NS-Zeit**

**Herausgegeben von  
Robert Bohn/Uwe Danker/Jørgen Kühl**

---

**Verlag für Regionalgeschichte  
Bielefeld 2001**

Titelbild: Wahlkampf in Apenrade/Aabenraa, April 1939

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis. Minderheiten  
im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS Zeit.

Hrsg.: Robert Bohn ; Uwe Danker ; Jørgen Kühl.

– Bielefeld ; Gütersloh : Verl. für Regionalgeschichte, 2001  
(IZRG-Schriftenreihe ; Bd. 4)

ISBN 3-89534-364-1

© Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld  
Alle Rechte vorbehalten

ISSN 1616-2781

ISBN 3-89534-364-1

Satz und Layout: Hubert Röser, Essener Verlagsagentur  
Druck und Verarbeitung: Hans Kock, Bielefeld

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier nach ISO 9706  
Printed in Germany

# Inhalt

Grußwort .....	7
Vorwort .....	11
Uwe Danker Einführung I: Zur Tagung, eine wahre Geschichte, Bemerkungen zum Thema und einige Fragen .....	13
Robert Bohn Einführung II: Der Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und Dänemark – Ein Überblick .....	39
Jørgen Kühl Minderheiten im Grenzraum in der NS-Zeit. Forschungsstand und Desiderata aus dänischer Sicht .....	53
Martin Klatt Die dänische Minderheit in Südschleswig nach 1933: Infiltriert von Kommunisten? .....	83
Hans Schultz Hansen Minderheit und Mehrheitsbevölkerung in Nordschleswig um 1940 .....	97
Thomas Steensen »Lieber tot als Sklave«? Die Nordfriesen und das Friesische 1933–1945 .....	113
René Rasmussen »Flensborg Avis« 1933–1945: Eine mißlungene Gleichschaltung? ...	125
Karl Christian Lammers Der dänische Widerstand und die deutsche Minderheit in Nordschleswig .....	135
Henrik Skov Kristensen Vom Frøslee-Lager zum Faarhus-Lager .....	147
Sabine Lorek Die Rechtsabrechnung mit der deutschen Minderheit in Dänemark nach 1945 .....	163
Autorin und Autoren .....	175



## Grußwort

Für diese Einladung nach Sankelmark bedanke ich mich. Ich bin gern gekommen und überbringe herzliche Grüße der Kultusministerin, Frau Ute Erdsiek-Rave.

Die Europäische Akademie und das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte widmen diese Tagung dem Thema »Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland im Nationalsozialismus« und setzen damit etwas fort, was seit etwa zwei Jahrzehnten mit zunehmender Intensität und wissenschaftlicher Akribie betrieben wird.

Zeitgeschichtliche Forschung begrenzt sehr häufig den Forschungsgegenstand, regionalisiert ihn, betrachtet ihn mit dem Vergrößerungsglas und kommt so zu erstaunlich differenzierten Ergebnissen. Wenn politisch-gesellschaftliche Prozesse gleichsam individualisiert werden, treten Entwicklungslinien deutlicher hervor, Entscheidungsstrukturen werden sichtbar, das historische Geschehen erhält plötzlich scharfe Konturen und Prägnanz. Das Verständnis wächst.

Dies war auch eine der Zielsetzungen der Landesregierung bei der Gründung des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte. Zum einen sollte sich diese Einrichtung mit einem Schwerpunkt ihrer Arbeit der Zeit des Nationalsozialismus widmen – ein bis dahin eher vernachlässigtes Forschungsfeld in Schleswig-Holstein –, es gab wirklich gute Gründe, dieses Defizit aufzuarbeiten, zum anderen sollte das IZRG dies durchaus fokussiert auf bestimmte Regionen des Landes tun, ohne jedoch den Gesamtzusammenhang aus dem Auge zu verlieren.

Das Thema dieser Tagung ist also fast die idealtypische Umsetzung des Forschungsauftrags dieser noch relativ jungen Einrichtung. Daß sie sich mit dem deutsch-dänischen Grenzland im Nationalsozialismus beschäftigt, ist nicht nur historisch wichtig. Diese Region hat für beide Länder eine außerordentliche Bedeutung, sie ist von einer sehr wechselvollen Geschichte gekennzeichnet. Jene Geschichte ist im vergangenen Jahrhundert natürlich auch (und wahrhaftig nicht unwesentlich) von der größten kollektiven Katastrophe Europas und der Welt geprägt, für welche Deutschland verantwortlich ist. Den publizierten Ergebnissen dieser Tagung sehe ich mit besonderem Interesse und Spannung entgegen. Lassen Sie mich vorweg sagen, daß ich der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein dankbar dafür bin, daß sie sich dieses Themas annimmt und die Auseinandersetzung damit ermöglicht.

Doch erlauben Sie eine Nachfrage: Im Ankündigungstext für die heutige Konferenz heißt es: »Mit dem Heranwachsen einer unbelasteten Generation und dem größeren zeitlichen Abstand wird es möglich und nötig, die Linien deutscher und dänischer Politik in der Zeit des Dritten Reiches neu zu betrachten.« Stimmt es eigentlich, daß es sich in Deutschland bei den jünge-

ren Generationen um unbelastete Generationen handelt? Unbelastet doch nur in dem Sinne persönlicher Schuld oder Verantwortung für die Taten der Großvätergeneration.

Andererseits aber doch nicht unbelastet, weil sich die Vergangenheit nicht verdrängen lässt, nicht verdrängt werden sollte. Denn der Nationalsozialismus und seine Greuel sind noch immer schmerzlich präsent. Müssen sich nicht auch die heutigen Generationen mit der bereits genannten Katastrophe auseinandersetzen, ist jene nicht Teil der Geschichte und damit der kollektiven und individuellen Identität?

Heinrich Heine hat in seinen Memoiren geschrieben: »Es gibt gewiss noch schlimmere Schulden als Geldschulden, welche uns die Vorfahren zur Tilgung hinterlassen. Jede Generation ist eine Fortsetzung der anderen und ist verantwortlich für ihre Taten.«

Gewiss, es gibt einen größeren zeitlichen Abstand zu den Greueln und es gibt die Neigung, Schlussstriche zu ziehen, nichts mehr davon wissen zu wollen, mithin: zu verdrängen. Aber es gibt keine unbelastete Generation; die unendliche Geschichte der Zwangsarbeiter-Entschädigungen, die Gedanken zur Regierungsbildung in Österreich in diesen Tagen, die Aufarbeitung der NS-Zeit in Schweden – »Erzählt es Euren Kindern« (Geschwister Prenske). Der polnische Schriftsteller Stanislaw Jerzy Lec hat einmal gesagt: »Vor der Wirklichkeit kann man die Augen verschließen, aber nicht vor der Erinnerung.«

Manchem mag die Debatte zwischen Martin Walser und Ignaz Bubis über das öffentliche Gedenken an den Holocaust als akademischer Streit alter Herren erschienen sein. Ich meine, in der öffentlichen Wahrnehmung ist vor allem deutlich geworden, wie notwendig es ist, seitens der Öffentlichkeit – und das sind vor allem Politik, Medien und Organe des demokratischen Staats – die Voraussetzungen für das Gedenken, für die Erinnerung an Nationalsozialismus und Holocaust zu erhalten und zu sichern. Daß der Nationalsozialismus u.a. auf brutalster Verachtung von Minderheiten gründete, sei hierbei en passant doch bemerkt. Es ist also auch so eine öffentliche Aufgabe, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu ermöglichen – wenn Sie so wollen, eine Infrastruktur für die Erinnerung herzustellen. Die damals in manchen Beiträgen durchschimmernde frivole Erleichterung über den Abschied von deutscher Vergangenheitsbewältigung will dagegen die künstlich harmonisierte Normalität ohne Vergangenheit – solch eine Normalität ist steril, ohne Gesicht und Geschichte.

Und damit ein paar weitere Worte zum Thema Minderheiten: Minderheiten haben es schwer, wer weiß das besser als die hier Versammelten? Natürlich braucht jede Minderheit eine ausgeprägte Identität, um gedeihen zu können. So ist es nur natürlich, daß ein gewisser Assimilationsdruck und der Selbstbehauptungswille der Minderheit nur allzu oft in Kollisionssituationen geraten. Hier muss man helfen. Die Eigenständigkeit einer Minderheit wird zunächst durch ihre kulturelle Identität begründet. Dazu gehört das ganze



Spektrum kultureller Ausdrucksformen, von der Sprache über das Lied bis hin zur Literatur. Herkunft, Familie, Sozialisation komplettieren den Begründungszusammenhang. Das mehrheitliche Umfeld ist immer gut beraten, sorgsam, mit Interesse und Aufgeschlossenheit der Minderheit zu begegnen. Erst der Pluralismus einer offenen Gesellschaft sichert den demokratischen Prozess.

Der Grad der Selbstverständlichkeit, der die Stellung der Minderheit in der Gesamtgesellschaft kennzeichnet, ist auch ein Hinweis auf die kulturelle, sittliche und rechtliche Ausstattung des Umfeldes. Immer wenn hier Defizite sichtbar werden, müssen die Alarmglocken klingeln, es ist höchste Aufmerksamkeit geboten.

Die Landesregierung hat aus dieser Analyse Konsequenzen gezogen, wir haben versucht, gleichsam eine Art Frühwarnsystem zu entwickeln. Dazu gehört natürlich in erster Linie die Berufung des Grenzlandbeauftragten der Ministerpräsidentin. Dieses Amt existiert seit 1988, seit 1991 übt Kurt Schulz dieses Amt aus. Der Grenzlandbeauftragte berät die Ministerpräsidentin in allen Fragen der deutschen und dänischen Minderheit, der Friesen und der Sinti und Roma. Er hält Kontakt zu den Grenzverbänden und verfolgt die Entwicklung des Minderheiten- und Volksgruppenrechts auf nationaler und internationaler Ebene. Die Einrichtung dieses Amtes hat sich außerordentlich bewährt; der Amtsinhaber in der Person von Kurt Schulz hat sich als außergewöhnlich effektives »Frühwarnsystem« erwiesen. Er ist ein überaus erfolgreicher Vertreter der Minderheiteninteressen in unserem Land. Bei den Minderheiten und Grenzverbänden genießt Herr Schulz großes Vertrauen.

Darüber hinaus existieren zwei Gremien des Schleswig-Holsteinischen Landtags, die sich ausschließlich mit Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig bzw. Problemen der friesischen Volksgruppe in Schleswig-Holstein befassen; zum Landesverband Deutscher Sinti und Roma bestehen regelmäßige und umfassende Kontakte. Häufige Gespräche und Besuche der Mitglieder der Landesregierung und Parlamentarier aller Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages mit allen Minderheiten des Landes sichern einen intensiven Informations- und Meinungsaustausch. Ich habe diese Instrumentarien bewusst in den Vordergrund gestellt.

Verfassungsartikel, wie z.B. der Artikel 5 unserer Landesverfassung, oder europäische Konventionen oder gar umfassende Vertragswerke, wie die am 1. Januar 1999 in Kraft getretene Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, sind wichtige rechtliche Grundlagen für die Minderheitenpolitik. Sie sichern Erreichtes, formulieren Verbindlichkeiten und verpflichten für die Zukunft.

Um jedoch volle Wirksamkeit zu entfalten, Realität zu erzielen, sind die eben genannten Instrumentarien des direkten Kontaktes, des Gesprächs und des organisierten Meinungsaustausches unerlässlich. Die konkreten Sorgen und Beschwerden, Vorschläge zur Ausschaltung von Missständen und Strategien zur Verbesserung der Situation der Minderheiten können auf dieser

Ebene unmittelbar angesprochen und erörtert werden. Missverständnisse können ausgeräumt, fehlgeleitete Entwicklungen können korrigiert werden. In diesen formalisierten, aber auch informellen Gesprächsrunden und Informationskontakten läuten die schon zitierten Alarmglocken zuerst, hier kann sofort gegen gesteuert werden, wenn etwas in die falsche Richtung geht.

Minderheitenpolitik ist ein Schwerpunkt des Regierungshandelns in Schleswig-Holstein. Die drei nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein mit ihren unterschiedlichen Identitäten und ausgeprägten kulturellen Ausdrucksformen tragen zur kulturellen Vielfalt unseres Landes bei. Die Sicherung dieser Vielfalt, aber auch das Bemühen des Landes, die Gleichstellung der Lebensverhältnisse von Minderheiten und Mehrheitsbevölkerung zu gewährleisten, finden im Landeshaushalt mit 35 Millionen DM ihren Niederschlag. Hinzu kommen erhebliche Mittel für die Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, der Grenzverbände und für weitere Einrichtungen wie die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen oder das European Center for Minority Issues (ECMI).

*Dr. Ralf Stegner*  
Staatssekretär im  
schleswig-holsteinischen Kultusministerium

## Vorwort

Dieser Band beinhaltet die Vorträge, die auf der deutsch-dänischen Historikertagung in der Akademie Sankelmark am 4. und 5. Februar 2000 gehalten wurden. 60 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Dänemark und der anschließenden fünfjährigen Okkupation, die den absoluten historischen Tiefpunkt der deutsch-dänischen Beziehungen darstellte, meinten die Veranstalter, daß es mit dem Heranwachsen von »unbelasteten« Nachkriegsgenerationen und dem großen zeitlichen Abstand möglich und auch nötig sei, die Linien deutscher und dänischer Politik in der Zeit des Nationalsozialismus in ihrem Verhältnis zueinander neu zu betrachten.

Es ging in den Konferenzbeiträgen um die nationalen Minderheiten nördlich und südlich der damals noch umstrittenen Grenze, um ihre Hoffnungen und Befürchtungen, die sie mit der – auch in Dänemark 1940 gewaltsam herbeigeführten – Herrschaft der deutschen Nationalsozialisten verbanden.

Aufgrund des großen Publikumszuspruchs, den diese Veranstaltung sowohl in Sønderjylland als auch im Landesteil Schleswig fand, und aufgrund des schon während der Tagung vielfach geäußerten Wunsches werden die Vorträge nunmehr sowohl auf Deutsch als auch – in einem separaten, aber textidentischen Band – auf Dänisch veröffentlicht.

Mit der Tagung und dieser Veröffentlichung hoffen die Veranstalter und Herausgeber nicht nur eine fruchtbare Diskussion über Themen der deutsch-dänischen Geschichte in Gang zu setzen, sondern auch gleichsam die Fundamente für eine Tradition zu schaffen, in der in regelmäßiger Folge dergleichen Veranstaltungen stattfinden können.

Wir danken dem schleswig-holsteinischen Wissenschaftsministerium für einen finanziellen Zuschuß und die Teilnahme des Staatssekretärs sowie der Akademie Sankelmark, namentlich Herrn Dr. Rainer Pelka, für die Organisation der Tagung.

Schleswig und Aabenraa, im Dezember 2000

*Robert Bohn, Uwe Danker und Jørgen Kühl*